

# Landschaftsplan - NORD

		Anregungen	Stellungnahme	Beschlussvorschlag
<b>LFNR</b>	<b>Bezirksvertretung</b>			
64/01 OF	[Uellendahl-Katernberg			
<b>Name/Anschrift</b>				
Marion Hennenberg				
Horather Str. 37				
42111 Wuppertal				
<b>Einsprecher</b>				
Bürgerin				
<b>Einspruchdatum:</b>	05.02.2004			
<b>Festsetzungs-Nr.:</b>				
<b>Darstellungs-Nr.:</b>				
Die Einsprecherin widerspricht der geplanten Nutzungsänderung für ihre Grundstücke. Sie beantragt die bisherige Bezeichnung "Landschaftsschutzgebiet" zu ändern.	Auf der Versammlung im Dörnberger Gemeindhaus im Januar 2004 hat sie erstmals von den geplanten Änderungen erfahren. Ein Mitarbeiter der unteren Landschaftsbehörde der Stadt Wuppertal hat den Eigentümern zugesichert, dass nichts ohne deren Zustimmung geändert wird. Zeugen für diese Aussage sind reichlich vorhanden.	Die Einsprecherin beantragt den Sachverhalt erneut zu prüfen und erwartet schnellstmöglich eine Antwort. Selbstverständlich behält sie sich vor, rechtliche Schritte einzuleiten.	Die Einsprecherin erwartet, dass sich der Oberbürgermeister als untere Landschaftsbehörde nicht darauf beruft, dass es für einen Widerspruch zu spät ist, da sie wie bereits erwähnt erst seit wenigen Tagen über die Pläne informiert ist. Außerdem ist ihr bekannt, dass in der näheren Umgebung in den letzten Tagen Änderungen zu dem bestehenden Plan erfolgt sind.	Die Ausführungen sollen zur Kenntnis genommen werden. Die Anregungen und Bedenken werden zugelassen und bearbeitet, obwohl die Offenlage des Landschaftsplanes Wuppertal-Nord hinreichend bekannt gemacht wurde und die Frist zur Abgabe von Anregungen und Bedenken abgelaufen ist. Bezüglich der geplanten Festsetzung der Flächen der Einsprecherin wird festgestellt, dass die Ackerflächen nicht im geplanten Naturschutzgebiet liegen. Alle Grünlandflächen der Einsprecherin, die in das Gewässersystem Winterberger Bach/Deilbach entwässern, werden als Landschaftsschutzgebiet mit besonderen Festsetzungen festgesetzt. Die besonderen Festsetzungen beziehen sich auf die Gewässerränder, wo freiwillige Vereinbarungen mit den landwirtschaftlichen Nutzern angestrebt werden. Diese Festsetzungen greifen nicht in die Art der bisherigen landwirtschaftlichen Nutzung ein, so dass bestehende Pachtverträge mit Landwirten nicht berührt werden.
			In der angesprochenen Sitzung der Bezirksvertretung hat die Verwaltung dargelegt, dass bisherige rechtmäßig ausgeübte Nutzungen (insbesondere die landwirtschaftliche) durch den Landschaftsplan und dessen Festsetzungen nicht eingeschränkt werden. Einschränkungen wie z.B. der Verzicht auf die Düngung an Gewässerrändern bedarf der Abstimmung und des Einverständnisses von Eigentümer und	

# Landschaftsplan - NORD

## Anregungen

## Beschlussvorschlag

Bewirtschaften und wird im Rahmen des Vertragsnaturschutzes auf freiwilliger Basis geregelt.

## Stellungnahme

## Beschlussvorschlag